

MITTWOCHKOLUMNE

Kann sein, dass Russland das einzige Land ist, wo man bei minus 20 Grad auf den Straßen Eiscreme isst. Es ist nicht ausgeschlossen, dass weltweit nur die Russen den Wodka mit Bier nachspülen. Und auf die Frage „Warum?“ wird mit unverfälschtem Erstaunen geantwortet: „Wodka schmeckt ekelhaft!“

Früher dachte ich, dass es nirgendwo mehr alltägliche Paradoxien gibt als in meiner orthodoxen Heimat. Damals wusste ich noch nicht so viel über Deutschland.

Die Wortverbindung „Deutsche Medizin“ klingt magisch für viele Osteuropäer. Meine Landsleute sind durchdrungen von der Idee, dass die Ärzte in Deutschland Zaubern gleichem. Übrigens wird diese Überzeugung mit den Erkenntnissen über teure medizinische Dienstleistungen ergänzt.

Beides ist schwer zu bestreiten, dennoch gibt es ein „Aber“. Es handelt sich wahrscheinlich um die Ärzte in den Kliniken. Was die sogenannten Praxisärzte angeht,

wäre es für Deutschlands Image besser, wenn man davon gar nichts weiß.

Der typische Algorithmus beim Praxisbesuch besteht aus mindestens 30 Minuten Warten, 10 Euro Zahlen und 5 Minuten Untersuchung. Das gilt für den Fall, dass man in der Zeit, die zwischen Anruf und Termin vergeht, am Leben bleibt.

Wie die Terminverteilung ausgerechnet wird, ist das Geheimnis der Branche. Oder das Geschäft?

Die These „Deutschland ist ein Rechtsstaat“ gilt schon seit langem axiomatisch. Das Paradox besteht aber darin, dass die Rechte nicht gleichmäßig verteilt sind. Zum Beispiel die Rechte von Konsumenten und Produzenten scheinen sich sehr zu unterscheiden.

Einmal rief mich die Mitarbeiterin einer Mobiltelefon-Firma an, um mir einen neuen „super-günstigen“ Tarif anzubieten. Das klang interessant und ich bestellte eine Info-Broschüre. Ein paar Tage später stellte sich heraus, dass ich bereits „glücklicher Besitzer“

Von außen betrachtet



Andrey Kobyakov

Paradoxenland Deutschland

Der russische Journalist Andrey Kobyakov arbeitet für die Internet-Redaktion der „Deutschen Welle“. Heute schreibt er über rätselhaft Widersprüche

eines neuen Modems war, dass mein derzeitiger Vertrag in einem Monat gekündigt wird und dass ich in zwei Wochen zu Hause sein sollte, weil da der Installationstermin ist.

Dieses Problem konnte ich

selbstverständlich lösen, aber niemand wurde bestraft, obwohl ich nicht nur Zeit, sondern auch Geld für mehrere Telefonate verschwendete.

Ein Bekannter wurde einmal von der Polizei für die zu laute Musik im Pkw bestraft.

Es gibt tatsächlich eine entsprechende Vorschrift in der StVO. Meine Frage: Warum untersagte der Erfinder dieser Regel nicht die Nutzung von Mofas und Mopeds? Oder von Rasenmähern?

Letzteres ist ein Extratema. Warum nutzen die Deutschen, die so stark im Umweltschutz engagiert sind, nicht die gute alte Sense?

Und warum reinigt man die Bürgersteige nicht mit einem Strauchbesen? Jeden Herbst beobachte ich dieses absurde Theater, das besonders lustig bei Wind aussieht: Sisyphusarbeit auf Kosten von Umwelt, Steuerzahlern und Gesundheit. Also, Mofas, Rasenmäher, Laubbläser greifen unsere Trommelfelle das ganze Jahr an, aber bitte doch keine laute Musik im Pkw.

Die Gesundheit lässt in Deutschland inzwischen viel zu wünschen übrig. Wie die jüngste Studie „Fit fürs Leben“ zeigt, ist mehr als ein Drittel der Männer und knapp ein Viertel der Frauen zwischen 16 und 25 Jahren übergewichtig. Einer anderen Statistik zufolge gehört aber

jeder dritte Deutsche einem Sportverein an.

Während es in kaum einem anderen Land so viele Gesundheitstipps in den Medien gibt, taucht auf den Speiseplänen vieler Kindergärten mit schöner Regelmäßigkeit Pizza auf. Und in den meisten Schulen gibt es gar keine Mensen mehr.

Was auch immer wieder auffällt in Deutschland, sind die kauenden Gesichter, überall und jederzeit: von morgens früh bis abends spät, in Bussen und Zügen, in Wartezimmern und beim Radfahren. Dabei heißt die Schlüsselfrage: Was isst man? Dennoch ist die Lebensdauer der Deutschen ziemlich hoch. Ist das nicht paradox?

Der Pisa-Studie zufolge gelten die jungen Deutschen seit Jahren als Nichtleser, Nichtsrechner, Nichtswisser, also Nichtsköner. Nur woher kommt der weltweite und bis heute aktuelle Ruhm der Kennzeichnung „Made in Germany“?

Es stimmt definitiv: Den Wodka mit Bier nachzuspülen, ist kein Paradox.

AKTUELLES IN KÜRZE

USA

Abschiedstreffen

Zum letzten Mal sind US-Präsident George W. Bush und der israelische Ministerpräsident Ehud Olmert zusammengetroffen. Beide zeigten sich zuversichtlich, dass es zu einem Friedensabkommen im Nahen Osten kommen wird, wenn auch nicht mehr in ihrer Amtszeit. Bush scheidet am 20. Januar aus dem Amt, Olmert führt nach seinem Rücktritt die Amtsgeschäfte kommissarisch bis Februar. Bei dem Treffen in Washington sprachen sie sich für eine Zwei-Staaten-Lösung im Nahen Osten aus. „Wir sind davon überzeugt, dass Israel von der Existenz eines Palästinenserstaates profitiert“, sagte Bush.

» KOMMENTAR

KARLSRUHE

Terrorhelfer in Haft

Die Bundesanwaltschaft hat in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg zwei mutmaßliche Terrorhelfer verhaften lassen. Die Deutschen, 25 und 26 Jahre alt, sollen islamistische Propaganda auf den Internetseiten der „Globalen Islamischen Medienfront“ verbreitet haben. Insgesamt sind acht Verdächtige im Visier der Ermittler. Bei einer Razzia wurden auch Anwesen in Augsburg und Weiden durchsucht.

Das Datum

26. November 2004: Die Briefbomben-Serie in Bayern ist aufgeklärt. Kurz nach Beginn eines Massen-Gentests in seinem Heimatort Hutthurm sprengt sich der 22-jährige Attentäter in die Luft.
26. November 1983: Beim größten Bankraub der britischen Kriminalgeschichte erbeuten sechs Männer Goldbarren und Diamanten im Wert von umgerechnet rund 100 Millionen Mark.

HESSEN

Mitgliedsrechte

Die hessische SPD hat den Abweichlern Jürgen Walter und Carmen Everts ihre Mitgliedsrechte zurückgegeben. Ihnen war vom Bezirk Südhessen das Antrags- und Rederecht auf Parteitag entzogen worden sowie das Recht, sich erneut um ein Mandat zu bewerben. Der Landeswahlleiter hatte gewarnt, die Maßnahmen könnten Auswirkungen auf die Gültigkeit der Landtagswahl am 18. Januar haben.

FRANKREICH

Aubry Sieg bestätigt

Martine Aubry hat die Stichwahl um den Parteivorsitz der französischen Sozialisten mit rund 100 Stimmen Vorsprung gewonnen. Dies ergab die von der unterlegenen Ségolène Royal geforderte Neuauszählung. Royals Unterstützer fordern dennoch Neuwahlen. Nach der ersten Auszählung hatte Aubry bei 135 000 abgegebenen Stimmen 42 Stimmen Vorsprung gehabt.

TSCHECHIEN

EU-Urteil vertagt

Das Verfassungsgericht hat die Entscheidung darüber vertagt, ob der EU-Reformvertrag mit dem tschechischen Grundgesetz vereinbar ist. Erst nach dem Urteil will das Parlament über eine Ratifizierung entscheiden.

CLEMENT VERLÄSST SPD

„Den Zirkus hätte man sich sparen können“

VON STEFAN LANGE

Berlin – Erst kämpfte er erfolgreich gegen seinen Parteiausschluss – am Tag danach folgte der Paukenschlag: Nach 40 Jahren erklärte Wolfgang Clement seinen Austritt aus der SPD. Der Ruf eines schwierigen Menschen machte Wolfgang Clement schon immer an. Als er noch „Superminister“ für Wirtschaft und Arbeit war, blieben seine Bürotüren im zuständigen Ministerium meistens geschlossen. Mitarbeiter fürchteten die spontanen Einfälle ihres Chefs und hielten sich lieber bedeckt. Fachlich genoss Clement hohes Ansehen



Wolfgang Clement fühlte sich von der SPD drangsalieren

im Ministerium und in der SPD, in der er nicht wirklich beliebt war.

Wie schwierig Clement tatsächlich sein kann, zeigte sich in den vergangenen Monaten. Mit seiner indirekten Warnung an die Wähler in Hessen, bei der Landtagswahl ihre Stimme der SPD zu geben, handelte er sich ein Parteiausschlussverfahren ein. Dieses endete am Montag zwar nur mit einer Rüge, doch diese Maßregelung für Fehlverhalten wollte er nicht hinnehmen. In seiner Austrittserklärung heißt es: „Hiermit erkläre ich mit Wirkung vom heu-

tigen Tag meinen Austritt aus der SPD. Die Gründe dafür sind erstens die Entscheidung der Bundesschiedskommission, die meint, die Wahrnehmung des Grundrechts auf Meinungsfreiheit mit einer öffentlichen Rüge drangsalieren zu sollen, zweitens die Tatsache, dass die SPD-Partei-Führung zugleich keinen klaren Trennungsstrich zur PDS/Linken zieht, sondern sogar – in den Ländern – zu einer Zusammenarbeit mit dieser Partei ermuntert (...), und drittens eine Wirtschaftspolitik treiben lässt, die (...) auf eine De-Industrialisierung unseres Landes hinausläuft. (...)“

Als Clement 2002 Minister in der rot-grünen Koalition wurde, galt er als der Hoffnungsträger überhaupt. Doch die Bilanz war ernüchternd. Vom hoch gehandelten „Reservekanzler“ wurde er schnell zum „Ankündigungsminister“.

Dass die Partei ihn nicht wirklich leiden konnte, zeigte der SPD-Bundesparteitag im Herbst 2003. Damals schaffte er mit 56,7 Prozent nur knapp die Bestätigung als SPD-Vize. Dementsprechend breit gestreut sind nun auch die Reaktionen: SPD-Vize Andrea Nahles zeigte sich ungerührt: „Reisende soll man nicht aufhalten“. Kühl reagierte auch Parteichef Franz Müntefering, der zuvor gegen den Ausschluss Clements aus der Partei gekämpft hatte: „Damit muss die Partei jetzt klarkommen, und das tun wir auch.“ Der bayerische SPD-Fraktionsvorsitzende Franz Maget erklärte kopschüttelnd: „Ich bin überrascht – da hätte man sich den monatelangen Zirkus sparen können.“

STREIT UM STEUERSENKUNG

EU bringt Merkel in Zugzwang

Der Druck auf Deutschland wächst: Mit einem milliardenschweren Rettungsplan will die EU die Konjunktur ankurbeln. Doch Kanzlerin Merkel bleibt hart: Vorgezogene Steuerensenkungen soll es vorerst nicht geben.

VON HOLGER EICHELE

Berlin – Im Streit um Steuerensenkungen gerät die Bundesregierung immer stärker unter Druck. Kommissionspräsident José Manuel Barroso will heute in Brüssel erste Einzelheiten eines EU-weiten Konjunkturprogramms vorstellen, das die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise abmildern soll. Die EU schlägt eine zeitlich befristete Senkung der Mehrwertsteuer und einmalige Steuergutschriften vor, um den Konsum in Schwung zu bringen. Das Gesamtvolumen der EU-Initiative wird von der Bundesregierung mit 130 Milliarden Euro angegeben. Jeder Mitgliedsstaat soll ein Prozent seines Bruttoinlandsproduktes (BIP) beitragen. Deutschland steht auf dem Standpunkt, seine Pflicht bereits erfüllt zu haben – mit dem 32-Milliarden-Euro-Konjunkturprogramm, das gestern erstmals im Bundestag beraten wurde.

Kanzlerin Merkel (CDU) und Finanzminister Steinbrück (SPD) erteilten Steuerensenkungen erneut eine Absage. Die Diskussion über „Steuerschecks“ oder „Konsumgutscheine“ im Wert von mehreren hundert Euro sei aus der Luft gegriffen, sagte Steinbrück. Steuerensenkungen kämen bei 25 Prozent aller deutschen Haushalte nicht an, weil



Angespannte Stimmung: Kanzlerin Merkel und ihr Wirtschaftsminister Glos

DDP

Kanzlerin verteidigt sich gegen CSU-Kritik

Kanzlerin Merkel (CDU) hat Vorwürfe der CSU zurückgewiesen, sie trage durch ihre Steuerpolitik eine Mitschuld am Ausgang der Bayern-Wahl. Bei einem Abendessen mit Mitgliedern der Landesgruppe im Kanzleramt sagte Merkel, sie habe den damaligen CSU-Chef Erwin Huber frühzeitig davor gewarnt, die Wiedereinführung der vollen Pendlerpauschale zum Wahlkampfthema zu machen. „Ich habe klar gesagt, wir ziehen da nicht mit. Denn man kann nicht ständig seine Position ändern“, wird Merkel zitiert. Mit Blick auf die Wahl habe sie Huber geraten, stattdessen die steuerliche Absetzbarkeit der Krankenkassenbeiträge zum Thema zu machen und noch vor dem Urteil des Verfassungsgerichts einen eigenen Gesetzesentwurf einzubringen. Merkel: „Ich habe mehrfach gesagt, macht das. Doch aus Bayern ist nichts gekommen.“ Der frühere CSU-Chef Huber hatte Merkel scharf attackiert und ihr vorgeworfen, in der Steuerpolitik die Zeichen der Zeit zu spät erkannt zu haben. **hle**

diese keine Steuern zahlten. In Regierungskreisen wird jedoch nicht mehr ausgeschlossen, dass die Große Koalition zur Jahreswende weitere Maßnahmen zur Konjunkturbelebung auf den Weg bringt.

Nicht nur die EU-Kommission macht Druck – auch in der CDU/CSU wird der Ruf nach Steuerensenkungen lauter. Mit dem früheren CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer ging jetzt ein enger Vertrauter auf Dis-

tanz zu Merkel. In einem Interview schloss sich Meyer der Forderung der CSU an, noch vor der Bundestagswahl 2009 mit der Entlastung der Bürger zu beginnen. Eine schnelle Steuerensenkung stütze nicht nur das Wirtschaftswachstum, so Meyer, sie habe zudem „den Vorteil, dass unser Schwerpunkt für die nächste Wahlperiode glaubwürdiger wird“.

Auch CSU-Chef Horst Seehofer erklärte, die Union könne nur dann glaubwürdig mit dem Versprechen von Steuerensenkungen in den Wahlkampf ziehen, wenn sie dies auch vor der Wahl unter Beweis stelle. Die CSU fordert die Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrags auf 8000 Euro und die Senkung des Eingangsteuer-satzes von 15 auf 13 Prozent, die im CSU-Steuerkonzept für 2010 vorgesehen sind, um ein halbes Jahr vorzuziehen.

GESETZENTWURF

Mehr Hilfe in schwerem Konflikt
Union will heute Gruppenantrag zu Spätabtreibungen einbringen

Berlin – Für werdende Mütter bricht eine Welt zusammen, wenn sie in der zweiten Hälfte der Schwangerschaft erfahren, dass ihr Baby schwer krank oder behindert sein wird. Zu diesem Zeitpunkt sind die meisten Föten lebensfähig. Eine Spätabtreibung gehört deshalb zu den schwierigsten Entscheidungen überhaupt.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes waren es im letzten Jahr 229 Schwangerschaften, die nach der 22. Woche beendet wurden. Die-

se Zahl zu verringern und den betroffenen Frauen zu helfen, ist Ziel eines Gruppenantrags zum Schwangerschaftskonfliktgesetz, den die Union heute im Bundestag einbringen will. Nach Angaben des familienpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Fraktion, Johannes Singhammer, hatten bis gestern 188 Abgeordnete den Antrag unterzeichnet. Er verpflichtet die Ärzte zu einer umfassenden Beratung der Frauen und sieht danach eine dreitägige Bedenkzeit vor. Singhammer weist aus-

drücklich darauf hin, dass die Initiative keine Änderung des Strafgesetzes vorsieht. Die Frauen würden zu nichts verpflichtet und nicht sanktioniert. Der Antrag, der übrigens auch von der früheren Familienministerin Renate Schmidt (SPD) unterstützt wird, zielt vielmehr auf Hilfsangebote und die Alternative, mit einer Behinderung zu leben. Ärzten, die der Beratungspflicht nicht nachkommen, soll allerdings ein Bußgeld von bis zu 10 000 Euro drohen. SPD und FDP kündigten eigene Anträge an.

POLITKOWSKAJA

Politischer Mord aus Rache?

Moskau – Möglicherweise ist ein russischer Politiker in den Mord an der Journalistin Anner Politkowskaja verwickelt. Die Anklageschrift lege nahe, dass sich jemand für Politkowskajas Berichterstattung rächen wollte, sagte Anwalt Murad Mussajew. Der Staatsanwaltschaft zufolge wurde der Mord im Ausland in Auftrag gegeben, um Russland zu diskreditieren und zu destabilisieren. Die Kreml-kritische Politkowskaja war 2006 im Aufzug ihres Wohnhauses in Moskau erschossen worden.

US-REGIERUNG

Obama holt Richardson
Gouverneur von New Mexico wird Handelsminister

Washington – Der künftige US-Präsident Barack Obama kommt mit der Besetzung seiner Regierungsmannschaft zügig voran. Gestern gab er die Berufung des Gouverneurs von New Mexico, Bill Richardson, zum Handelsminister bekannt. Peter Orszag, bisher Leiter der Etatbehörde im Kongress, wird zum Budgetdirektor berufen.

Zuvor hatte Obama den Chef der Notenbank (Fed) von New York, Timothy Geithner, zu seinem künftigen Finanzminister berufen.

Bereits am Montag hatte Obama deutlich gemacht, dass er keine Zeit verlieren will, um die US-Wirtschaft aus der Krise zu führen. Er versprach ein massives Konjunkturprogramm, das er unmittelbar nach seinem Amtsantritt am 20. Januar umsetzen wolle. Das Programm soll ein Volumen von 700 Milliarden Dollar haben und innerhalb der nächsten zwei Jahre 2,5 Millionen Jobs schaffen beziehungsweise bedrohte Arbeitsplätze sichern.